

- S. 2 WAHLPRÜFSTEIN BSW
- S. 3 PISTORIUS IN TETEROW
- S. 4 KRAKE STASI
- S. 5 DIE DDR IST NACHHALTIG
- S. 6 BEI ANDEREN GELESEN
- S. 8 80. JAHRESTAG DER BEFREIUNG

Persönliche Gedanken zum Jahrestag der Nationalen Volksarmee am 1. März

Am 18.01.1956 beschloss die Volkskammer der DDR das Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee (NVA) und des Ministeriums für Nationale Verteidigung. Am 1. März 1956 nahmen das Ministerium für Nationale Verteidigung und die Verwaltungen der Militärbezirke aller Teilstreitkräfte ihre Tätigkeit auf. Dieser Tag wurde auf Beschluss des Präsidiums des Ministerrates der DDR zum „Tag der Nationalen Volksarmee“ erklärt.

Den Grundstock der Verbände und Truppenteile der NVA bildeten Angehörige der Kasernierten Volkspolizei, die 1952 als militärisch organisierte Formationen geschaffen worden waren.

Am 24. Mai 1958 wurden die Verbände der NVA in die Vereinten Streitkräfte des Warschauer Paktes einbezogen. Die NVA wurde zu einer Koalitionsarmee. Die Strukturierung und Ausbildung erfolgten nach sowjetischem Vorbild. Die Hauptbewaffnung erhielt die NVA aus der UdSSR. Die Hauptverantwortung der NVA bestand im zuverlässigen Schutz des sozialistischen Vaterlandes, der DDR, im engen Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen. Die NVA wurde mit zum festen Garanten für die Sicherung des Friedens in Europa. Im Rahmen gemeinsamer Manöver und Übungen mit der Sowjetarmee und den Armeen der anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ab 1964 entwickelte sich die NVA zu einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Streitmacht. Die NVA war wegen ihres hohen Ausbildungsstandes und ihrer guten Disziplin eine der schlagkräftigsten Armeen im Warschauer Pakt. Die Ausrüstung der NVA wurde im Laufe ihres Bestehens ständig auf den höchsten Stand gebracht. Dadurch waren Mobilität und Kampfkraft der NVA stets gewährleistet. Die Offiziere der NVA erwarben ihr militärisches Rüstzeug an Offiziershochschulen in der DDR oder gleichgelagerten Bildungseinrichtungen in der UdSSR. Führungskader der NVA wurden für die Erfüllung ihrer Aufga-

ben an der Militärakademie des Generalstabes der sowjetischen Streitkräfte in Moskau ausgebildet oder an der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden. Zu einem der Absolventen der Akademie in Moskau, Oberst Rolf Zander, besteht meinerseits ein enges freundschaftliches Verhältnis. Genosse Zander gehörte zu den letzten Absolventen der NVA an dieser Bildungseinrichtung. Er schloss sein Studium im Juni 1990 ab. Die NVA war in dieser Zeit im Umbruch begriffen. Der Minister für „Abrüstung und Verteidigung“ war Pfarrer Eppelmann. Genosse Zander wurde für wenige Wochen als Divisionskommandeur der 8. Mot. Schützen Division in Schwerin eingesetzt. Für ihn, den leidenschaftlichen „Panzersoldaten“ kam das einer Degradierung gleich. An der Beisetzung seines Vaters, Generalleutnant Horst Zander, in Potsdam habe ich teilgenommen. Er verstarb im Alter von 94 Jahren. Generalleutnant a. D. Horst Zander hat sich anlässlich einer Zusammenkunft mit ehemaligen Offizieren des MfS dafür entschuldigt, dass wir nicht die erforderliche moralische Unterstützung durch manche Funktionsträger der NVA erhalten haben. Wir haben die Entschuldigung angenommen.

Der 1. März war in meinem Terminkalender über die Jahre hinweg eine feste Größe.

In meiner Eigenschaft als Leiter einer Kreisdienststelle oder als Leiter der Bezirksverwaltung Frankfurt/Oder und somit als Mitglied der Kreis- oder Bezirkseinsatzleitung war es mir immer ein Herzensbedürfnis, den Angehörigen der NVA die Glückwünsche und den Dank der Mitarbeiter des MfS zu überbringen. Wie auf die Angehörigen des MfS kamen auch auf die Angehörigen der NVA in der sogenannten Wendezeit Anforderungen zu, auf die wir nicht vorbereitet waren.

Mir liegt ein Auskunftsmaterial „Nationale Volksarmee der DDR - Fakten und Zahlen“ vor, datiert vom 5.06.1990. Hochinteressant das „Geleitwort“ von Pfarrer Eppelmann in seiner Eigenschaft als Minister für Abrüstung und Verteidigung. Dort heißt es unter

anderem „Auf dem Gebiet der jetzigen DDR darf es auch in Zukunft kein militärisches Vakuum geben“. Weiter wurde formuliert „... die Volksarmee der DDR wird weiterhin dazu beitragen, den Frieden in Europa zu bewahren.“ Das weckte bei Angehörigen der NVA, insbesondere bei Offizieren und einigen Führungskadern die Hoffnung, besser gesagt die Illusion hinsichtlich des Fortbestandes ihrer Tätigkeit in der NVA. Ich dagegen verstand die Äußerungen von Eppelmann als Hinhaltetaktik, was sich dann auch bewahrheitete.

Am 24. September 1990 wurde die NVA aus dem Warschauer Pakt herausgelöst und am 02. Oktober ihr Ende besiegelt. Teile und herrsche - Divide et impera!!!! Es hat wieder einmal funktioniert.

Einen nachhaltigen Eindruck hat bei mir ein Gespräch mit Generaloberst a. D. Fritz Streletz hinterlassen. Er übte von 1979 bis Dezember 1989 die Funktion als Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates der DDR aus. Er war Stellvertreter des Oberkommandierenden der Streitkräfte des Warschauer Vertrages. Er, Jahrgang 1926, war korrekt im Auftreten und in der militärischen Ausdruckweise. Genosse Fritz Streletz wurde 1993 in einem politisch motivierten Prozess zu fünf Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Von Mai 1991 saß er 28 Monate in der Haftanstalt Moabit in U-Haft in Einzelhaft. Die Haftbedingungen, wie er sie mir schilderte, waren menschenverachtend und reine Willkür. Sehr offen hat er meine Fragen beantwortet und aus seiner Enttäuschung über ehemalige Verbündete keinen Hehl gemacht. Mit dem Oberkommandierenden Marschall Kulikow (von 1977 – 1989) pflegten er und seine Ehefrau freundschaftliche Verbindungen. Zu seiner großen Enttäuschung hat Kulikow auf seinen Brief, den er, Träger des Rotbannerordens der UdSSR, ihm aus der Haft schrieb, nicht reagiert. Anlässlich des 07. Oktober 1987 erhielt ich aus den Händen von



Erich Honecker die Ernennungsurkunde zum Generalmajor. Generaloberst Streletz hatte den entsprechenden Befehl des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR verlesen.

Ich ertappe mich dabei, dass ich nach 1990 viele interessante Menschen, Gleichgesinnte, kennengelernt habe. Ob das in meinen „aktiven Zeiten“ möglich gewesen wäre, mag ich bezweifeln. Dazu gehören neben Rolf Zander Kapitän zur See Dieter Tappert. Ein Bär von Gestalt. Dieter kommandierte eine Küstenverteidigungsbrigade, im Ernstfall mit einer Personalstärke von 12.000 Mann. Emotional schilderte er mir, wie er unter Tränen die Truppenfahne einholen ließ. Die Volksmarine hörte auf zu existieren. Ich erhielt Kontakt zum „Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenz- Truppen der DDR“. Ich wurde zu verschiedenen Veranstaltungen eingeladen, von Interesse war mein Buch „Der letzte Mann“, die Genossen wollten mit mir in einen Gedankenaustausch eintreten. Von allen Veranstaltungen bin ich mit einem großen Erkenntnisgewinn nach Hause gefahren. Sie waren gut organisiert, der äußere Rahmen stimmte und ich hatte immer den Eindruck, hier versammeln sich Gleichgesinnte. Auf einer Veranstaltung in Dermbach, Thüringen, habe ich Generalmajor a. D. Heinz Janshen kennengelernt, letzter Chef der Offiziershochschule der Grenztruppen „Rosa Luxemburg“ in Suhl. Seine Lebenserinnerungen, niedergeschrieben im Buch mit dem Titel „Vom Knecht

zum General“, haben mich bewegt. Auch mit ihm, dem 90-jährigen, bin ich freundschaftlich verbunden. Vom Fallschirmjäger-Traditionsverband Ost e. V. wurde mir anlässlich meines Auftretens die Erinnerungsmedaille des Verbandes verliehen. Das hat mich mit Stolz erfüllt. Und wie sich das unter Gleichgesinnten gehört, wurden mir auch kritische Fragen zum MfS und seiner Arbeitsweise gestellt. Was will ich damit zum Ausdruck bringen? Wir als ISOR sind nicht, wie der Volksmund zu sagen pflegt, allein auf dieser Welt. Wo noch nicht geschehen, sollten wir Kontakte zu Gleichgesinnten suchen. Die staatliche Sicherheit in der DDR war stets ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. 35.000 Offiziere versahen in der NVA ihren Dienst. 80.000 Volkspolizisten trugen wesentlich dazu bei, dass unsere Menschen ihr tägliches Leben in Frieden und Sicherheit gestalten konnten. Fast 180 000 Freiwillige Helfer der DVP versahen ehrenamtlich ihre verantwortungsvolle Tätigkeit. 10 000 Beschäftigte im Zoll, Tausende in der Zivilverteidigung der DDR, die Aufzählung könnte weiter fortgesetzt werden. In Dresden führt zum Beispiel Leutnant a. D. Michael Schindler ein Privatumuseum. Mit viel Liebe und militärischem Sachverstand hat er eine beachtliche Sammlung von Militaria der bewaffneten Organe der DDR zusammengetragen. Gleiches in Neustadt-Glewe durch Oberleutnant zur See a. D. Silvio Pfeffer. In solchem Rahmen lassen sich unter Umständen auch anspruchsvolle Veranstaltungen von ISOR durchführen.

Für Ideen sollten wir aufgeschlossen sein und das eine oder andere Mal auch über den eigenen Schatten springen. Ich persönlich habe durchweg gute Erfahrungen gemacht. Mein Horizont wurde erweitert. Auch mit über 80 wird man nicht dümmere. Liebe Freunde und Genossen.

Es wurden ein paar Zeilen mehr. Ich hoffe, ihr seht es mir nach. Abschließen möchte ich mit einer Widmung, die mir Generalleutnant a. D. Wolfgang Kaiser anlässlich eines Besuchs bei ihm in seiner Berliner Wohnung in sein Buch schrieb. Er war Chef der Verwaltung Spezialbauwesen der NVA. „Sehr geehrter Genosse General, lieber Heinz Engelhardt, wir haben zwar in verschiedenen bewaffneten Organen gedient, hatten aber den gleichen Auftrag, die Sicherheit der DDR und die Erhaltung des Friedens zu gewährleisten. Als Andenken an unseren gemeinsamen Dienst überreiche ich Dir mein Buch mit Erinnerungen an mein politisches und berufliches Wirken und die 34jährige Dienstzeit. In freundschaftlicher Verbundenheit Wolfgang Kaiser Generalleutnant der NVA a. D.“

Wenige Tage nach meinem Besuch verstarb Genosse Kaiser im Alter von 92 Jahren nach langer Krankheit. Ehre seinem Andenken. Allen ehemaligen Angehörigen der Nationalen Volksarmee der DDR meine Glückwünsche - auch im Namen aller Mitglieder von ISOR - zu eurem Ehrentag.

Generalmajor a. D. Heinz Engelhardt

* * * AUS DEM VORSTAND * *

FORTSETZUNG ANTWORTEN AUS ISOR AKTUELL 2-2025 ZUM BRIEF AN DIE LINKE, BSW, DKP, FDP, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/GRÜNE, SPD, AFD

Hier Antwort von Partei BSW vom 13.02.2025:

Sehr geehrter Herr Bonatz, herzlichen Dank für Ihre Anfrage, die ausführliche Analyse und Ihr Engagement. Zunächst müssen wir um Nachsicht bitten, dass wir uns als recht junge Partei auch vor dem Hintergrund des Ampel-Kollaps noch nicht mit allen wichtigen Themen so ausführlich befassen konnten, wie wir es gerne vor der Bundestagswahl getan hätten. Unser Programm enthält einige Lücken, das ist uns bewusst. Dennoch möchten wir Ihre Anfrage so konkret beantworten, wie das zum gegenwärtigen Zeitpunkt möglich ist.

Klar ist: Der Kampf für bessere Renten und gegen Altersarmut ist eines der zentralen Anliegen des BSW, ebenso die Beendigung der wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligung Ostdeutscher. Der wichtigste Schlüssel dazu liegt in einer Angleichung des Lohnniveaus zwischen Ost und West, wozu wir unter anderem

durch eine Erhöhung des Mindestlohns, eine Stärkung der Tarifbindung und eine Eindämmung prekärer Beschäftigung beitragen wollen.

Ein höheres Lohnniveau würde ein höheres Rentenniveau nach sich ziehen. Doch der Weg dorthin ist noch weit, und die heftigen Brüche mit langer Arbeitslosigkeit in vielen ostdeutschen Erwerbsbiografien drücken die Rentenansprüche der Betroffenen zusätzlich. Eine angemessene Aufwertung ostdeutscher Renten ist aus Gerechtigkeitsgründen daher weiterhin geboten, die Hochwertung der entsprechenden Ansprüche ist aus unserer Sicht zu früh beendet worden.

Ausdrücklich geht es uns auch um die Anerkennung der Lebensleistung aller früheren DDR-Bürger, unabhängig von deren beruflicher Laufbahn. Die vielfältigen berufsgruppenspezifischen Eingriffe in die Rentenformel nach der Wende stellen eine weitere Ungerechtigkeit da, das Rentenrecht muss wertfrei sein. „Strafrenten“ wie die von Ihnen angesprochene lehnen wir ab. Eine in die Zukunft gerichtete Beendigung dieser Benachteiligung für die noch lebenden Betroffenen wäre das Mindeste.

Ihnen alles Gute und beste Grüße,
*Linda Rehmer, Bündnis Sahra Wagenknecht –
Vernunft und Gerechtigkeit
Leitung Bundesgeschäftsstelle*

* * RICHTGSTELLUNG * *

Wir möchten uns aufrichtig für die falsche Todesmitteilung zu Gerd Appelt entschuldigen, die wir als Redaktion erhalten haben. Wir bedauern die Verwirrung und die emotionalen Auswirkungen, die dies gehabt haben könnte und versichern, dass wir eingehende Informationen noch exakter prüfen werden, um sicherzustellen, dass so etwas in Zukunft nicht mehr geschieht. Vielen Dank für Ihr Verständnis in dieser sensiblen Angelegenheit.

*Mit freundlichen Grüßen
Bernd Hartmann,
Mitglied des Vorstandes ISOR e.V.
-Schatzmeister-Statistik-
E-Mail: isor-finanz-stat@t-online.de
Tel. 03338-750 76 92
FAX 03338-750 76 91*



Pistorius in Teterow

Am 8. Januar dieses Jahres macht die Nachricht im Karl-Liebknecht-Kreis Mecklenburg-Vorpommern die Runde: „Am 17.01.24 wird der Kriegsertüchtigungsminister Boris Pistorius in Teterow auftreten. Das BSW organisiert dazu eine Protestkundgebung.“

Jetzt zählen sich die Netzwerke, die bei den Protesten gegen die Panzerverladung über den Rostocker Überseehafen im Mai und gegen die Eröffnung des NATO-Marinekommandos in Rostock im Oktober 2024 geflochten worden, aus. Über eine extra geschaffene WhatsApp-Gruppe wird eine große Anzahl Friedensfreunde aktiviert, und sie kommen dann auch von überall her: aus Stralsund, aus Schwerin, Malchin, Schwaan, dem Ostseebad Nienhagen und auch aus Rostock. Freunde und Genossen vom BSW, aus der Partei Die Linke und Parteilose, die sich aus dem RotFuchs e.V., ISOR e.V., dem Friedensbündnis Norddeutschland und anderen Zusammenschlüssen kennen, begrüßen sich freudig auf dem Platz vor dem Kulturhaus Teterow, der passend den Namen „Platz des Friedens“ trägt. Am Ende liegt die Zahl der Demonstranten bei 170 Teilnehmern. Und das am Freitagabend bei fallenden Temperaturen. Es sollte ein stiller Protest sein gegen die ständige Eskalation, wie sie gerade vom Bundesminister für Verteidigung Pistorius immer wieder betrieben wird.

Am Vormittag war er mit der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig in Wismar in der Werft, die ehemals den Namen „Mathias Thesen“ trug, zu Besuch. Mathias Thesen war Kommunist und antifaschistischer Widerstandskämpfer. 1944 ermordeten ihn die Nazis im KZ Sachsenhausen. Diese Werft ist heute Eigentum von „thyssenkrupp Marine Systems“ und ist stolz und froh darüber, dass der Verteidigungs- und der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages gerade 4,7 Milliarden Euro für den Bau von sechs U-Booten und einem Forschungsschiff freigegeben hat. Dies zu feiern, war Anlass

des ministeriellen Besuches in Wismar. Auf viel Gegenwind scheint er dort nicht gestoßen zu sein, um so rauer der Empfang in Teterow.

Nach und nach treffen die Demonstranten ein und stellen sich gegenüber dem Kreiskulturhaus auf. Wir ziehen mit dem Banner des Karl-Liebknecht-Kreises in die erste Reihe, aber nicht ohne vorher viele Hände geschüttelt zu haben. Im Nu wird es dunkel und feuchte Kälte legt sich über uns. Von gegenüber, aus der Entourage des Ministers, kommt eine kleine Gruppe mit einer Pumpkanne voll Kaffee und einer Menge Pappbechern, um sie uns großzügig anzubieten. „Kaffee von Kriegstreibern? Nee, danke!“ Unverrichteter Dinge ziehen sie wieder ab. Die vor der Tür Wartenden, eine überschaubare Menge, werden eingelassen. Nun richtet Friedrich Straetmanns, der Ko-Vorsitzende des mecklenburg-vorpommerschen Landesverbandes des BSW, einige aufmunternde Worte an die anwesenden Protestler und klagt die auf Verschärfung der Kriegsgefahr gerichtete Politik der Herrschenden an.

Inzwischen haben die eingelassenen Besucher Platz gefunden. Der Kandidat der SPD im größten Wahlkreis Deutschlands – die Kreise Mecklenburgische Seenplatte und der Landkreis Rostock, Johannes Arlt, Offizier, begrüßt die Gäste und und den hohen Gast, der Teterow den Vorzug vor seinem eigenen Wahlkreis Osnabrück gegeben habe, um darüber zu sprechen, „wie wir den Frieden sichern“. Ohne Widerspruch von dem Minister zu ernten, behauptet er in seiner Anmoderation, „wir“ befänden uns seit drei Jahren „in einem Angriffskrieg mit Russland“. Jeder der Anwesenden dürfe eine Frage stellen. Dazu müsse er sich auf das Podium begeben und habe eine Minute Zeit. Dann schlägt die Stunde des Boris Pistorius. Geschickt stellt er Nähe zum Publikum her. In Osnabrück habe er seinerzeit sein Russisch-Abitur abgelegt und sei als Jugendlicher mehrmals in der Sowjetunion gewesen. Beeindruckt sei er davon gewe-

sen, dass die Menschen dort nicht auf die Deutschen geschimpft hätten, sondern auf die „Gitleristi“. Auch umgekehrt sei es falsch, die Russen anzuklagen. Die Schuld an dem Kriege trage Putin und seine Clique, die ein freiheitsliebendes und friedliches Land überfallen hätten. Kein Wort über die NATO-Osterweiterung, Bandera-Kult und Asow-Banditen, aber ständig der Verweis auf ein Russland, das sich ständig weiter rüste, seine Kriegswirtschaft hochgefahren habe und im Falle einer Niederlage der Ukraine weitere Staaten des Westens angreifen würde. Schon jetzt führe es einen „hybriden“ Krieg durch Sabotage usw.

Um die anschließende Fragestunde in Gang zu bringen, habe er etwas vorbereitet, führt dann der Kandidat Johannes Arlt aus: Da es mit der ersten Frage immer schwer falle, habe er einen sehr politikinteressierten jungen Mann mitgebracht, einen achtjährigen Schüler, der auf dem Podium Platz nehmen darf und der den Minister fragt, warum es in der Schule keinen Kurs gäbe, in dem man lerne, wie man z. B. ein Gewehr richtig halte. Kinder und Waffen gehörten nicht zusammen, antwortet Pistorius geschickt, aber Zivilschutz zu trainieren, wäre schon wichtig. Was nun folgt, war wahrscheinlich nicht eingeplant. Offensichtlich durch das BSW organisiert stellen einige Gäste der Reihe nach kritische Fragen, bei deren Beantwortung der Minister auf seiner anfänglichen Linie bleibt. Alle Hinweise und Fakten auf die Faschisierung der Ukraine, deren achtjährigen Krieg gegen die Donbass-Republiken usw. werden vom Tisch gewischt. Dabei immer konziliant und umgänglich. Zum Schluss noch eine Erklärung für den Begriff „Kriegsertüchtigung“. Die sei nur aufrüttelnder als „Verteidigungsfähigkeit“. Er wolle keinen Krieg, sondern ihn verhindern.

Herr Pistorius versuchte bei seinem Auftritt in Teterow, sich als ehrlichen und objektiven Minister darzustellen. Ich erwarte von einem Minister immer, dass er



ehrlich und objektiv ist. Das war er aber nicht. Nachfolgende seiner ausgesprochenen Gedanken lassen diese Schlussfolgerung zu:

- die Krim wurde von Russland überfallen
- die Ukraine hat niemandem etwas getan
- Deutschland wird durch Russland bedroht, deshalb müssen wir uns verteidigen können
- Putin droht dem Baltikum und Polen (militärisch)
- die Ukraine konnte die letzten 30 Jahre nicht in Sicherheit leben
- die Beendigung der (militärischen) Unterstützung der Ukraine bedeutet das Ende dieses Landes
- Putin hat den Krieg gegen die Ukraine ohne Not und ohne Provokation begonnen
- Putin steht der BRD feindlich gegenüber
- die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen der USA in der BRD werden nicht atomar bestückt

Ein Eigentor hat er geschossen, als er sagte, dass eine Destabilisierung irgendwo in der Welt Auswirkungen auf die Stabilität der BRD, unseren Wohlstand, unsere Arbeitsplätze, den freien Handel u. v. a. m. hätte. Nun beteiligt sich aber die BRD aktiv an der Sanktionspolitik gegen die Russische Föderation, die die Destabilisierung Russlands zum Ziel hat!!! Und nun wissen wir durch Herrn Pistorius auch endlich, wann der Krieg Russlands gegen die BRD erfolgen wird, „nicht jetzt, nicht morgen oder übermorgen“. Was für ein toller Minister aus den Reihen der SPD!! (Für alle Leser, die sich die Veranstaltung auf youtube anschauen wollen, hier der entsprechende LINK:



<https://www.youtube.com/live/Pg7ezv3SoM4?si=toDson-b6ZlckF8ok>

Von all dem bekommen die Demonstranten auf der Straße nichts mit. Standhaft werden Transparente und Friedensfahnen hochgehalten, einige Frauen stimmen „Kleine weiße Friedenstaube“ an. Wir beenden die Versammlung durchgefroren, aber zufrieden.

*Gerdt Puchta, TIG Rostock
Bernd Gnant, TIG Kühlungsborn*

„Krake Stasi“? Erst nachdenken, dann reden.

Halbwahrheiten, Unterstellungen und dreiste Lügen – alle diese Mittel werden nun schon über fast 35 Jahre von Printmedien, TV- und Radiosendern und dem Genre Spielfilme sowie Dokumentationen als Waffe eingesetzt, wenn es darum geht, das Ministerium für Staatssicherheit der DDR zu diskreditieren. Ganz zu schweigen von den immer zahlreicher werdenden Historikern, Experten, SED-Diktatur-Aufarbeitern, führenden und zweitrangigen Politikern, die alle ihre gut bezahlten Schriften und Auftritte dafür nutzen, das MfS als Verbrecherorganisation darzustellen. Eine der verbreitetsten Legenden – das MfS war eine Krake, die alle bedrohte und von allen gefürchtet wurde. In meiner 25-jährigen Dienstzeit im MfS habe ich eine andere Wirklichkeit erlebt.

Als Beleg dafür möchte ich hier einen Auszug aus meinem 2023 im Wiedenverlag Crivitz erschienenen autobiografischen Buch „Dieter Karl Dethloff erzählt ein Leben im Dienst des MfS – Mein Gewissen und ich - eine Autobiografie“ wiedergeben. Es handelt sich um ein persönliches Erlebnis während meiner Zeit in der KD Güstrow in den achtziger Jahren.

Mein Vortrag vor Schülern einer 10. Klasse

Mein Leiter hatte mich beauftragt, in einer 10. Klasse der POS „Ernst Thälmann“ aus Anlass der Thälmann-Woche einen Vortrag über die Notwendigkeit der Existenz des Ministeriums für Staatssicherheit, seine Aufgaben und die wesentlichen Kriterien der inhaltlichen Arbeit zu halten. Diese anderthalb Stunden haben mich noch lange beschäftigt und tun es auch heute noch. Ich stellte mich den Schülern anfangs nur mit Namen vor, ohne meine dienstliche Herkunft zu offenbaren. Meine Einstiegsfrage lautete: „Welche Schutz- und Sicherheitsorgane gibt es in der DDR?“. Fast wie aus der Pistole geschossen kam die Antwort: „Polizei, Nationale Volksarmee, Kampfgruppen der Arbeiterklasse und der Zoll.“ War es das? Etwas verwundert schob ich nach, ob ihnen das Ministerium für Staatssicherheit kein Begriff sei? Das einhellige Echo war: „Nein, das kennen wir nicht.“ Nun sagte ich, dass ich Offizier dieses Organs sei und von der Kreisdienststelle

komme. „Das MfS, so die Abkürzung, ist ein wichtiges Ministerium, das wie alle anderen Ministerien dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR unterstellt ist.“ Weiter führte ich aus, die Hauptaufgaben des MfS seien die rechtzeitige Unterbindung aller feindlichen Handlungen im Innern und von außen, die eine erhebliche Gefährdung der staatlichen Sicherheit der DDR beinhalten... Die Schüler folgten meinen Ausführungen mit ernsten Mienen und stellten einige Fragen zur Struktur des MfS und wie man dort Mitarbeiter werden könne. Auch interessierte, welche politischen und beruflichen Voraussetzungen jemand für den Dienst mitbringen müsse. Ein Schüler wollte wissen, ob wir Mitarbeiter auch bewaffnet seien. Ich erklärte, dass wir als Berufssoldaten, aber vorwiegend in Zivil, auch Waffenträger wären.

Was hat mich aber nun an der Begegnung mit den durchweg sechzehnjährigen Schülern so berührt? Es ist einfach die Tatsache, von der Existenz des MfS nichts zu wissen. Das ist doch ein eklatanter Widerspruch zu dem, was unseren Menschen der ehemaligen DDR unermüdlich suggeriert wird: Nämlich die Krake Stasi schwebte als Damoklesschwert über fast allen Familien der DDR. Wenn es so gewesen wäre, hätte es in der Familie doch bestimmt Gespräche und Diskussionen über das Thema Stasi gegeben, an denen auch die Kinder mit sechzehn Jahren oftmals teilnehmen durften. Auch hier mein Rat an die Verursacher derartiger Lügen und Verleumdungen: Erst denken, dann reden!

In Ergänzung zu dem Geschilderten möchte ich einige Zahlen nennen: Der damalige Kreis Güstrow hatte 1989 ca. 78 000 Einwohner. Von der MfS-Kreisdienststelle Güstrow wurden 300 IM geführt. Nur 10 % davon waren in der Operativen Personen-Kontrolle (OPK) und bei Operativen Vorgängen (OV) also bei der Bearbeitung von feindlichen und negativen Personen tätig. Die anderen waren vor allem in der Industrie und Landwirtschaft bei der Erfassung der Stimmungslage in der Gesellschaft tätig. Von einer allumfassenden Überwachung der Bevölkerung konnte also keine Rede sein.

Dieter Karl Dethloff, TIG Schwerin



„Die DDR ist nachhaltig“

Unter diesem Titel erschien im „ibidem - Verlag, Hannover“, der letzte Teil einer Trilogie der Autorinnen El-

len Händler und Uta Mitsching - Viertel, der weithin große Aufmerksamkeit und Wertschätzung verdient.

Die Autorinnen waren bemüht, durch Analysen der Lebensläufe und 135 Lesungen mit Bürgern, die in 70 Jahren deutscher Geschichte 40 Jahre DDR und 30 Jahre BRD erlebt haben, zu ermitteln, ob es eine „spezifische Ostidentität“ dieser Bürger gibt. Sie kamen zu einem eindeutigen „Ja“, dass der „Ossi anders ist, es bleiben will und stolz darauf ist, zwei gesellschaftliche Systeme erlebt zu haben und dem Wessi etwas entgegenzusetzen habe.“ Das fände vor allem seinen Ausdruck darin, dass sie bessere Erfahrungen darüber hätten, was realistische Demokratie bedeute, die sie in der DDR erlebt hätten und jetzt vermissen würden. Das fand seinen Ausdruck u. a. in der betrieblichen Mitbestimmung, die in der DDR viel direkter wahrgenommen wurde, oder in dem kultivierten Eingabesystem dem zweckdienlichen Bildungssystem, in der Kultur und in den sozialen Fragen.

Statt einer freudigen Dankbarkeit registrieren die offiziellen Instanzen seit Jahren negative Stimmungen in den östlichen Ländern, die sich auch in völlig unterschiedlichen Wahlergebnissen zwischen den westlichen und östlichen Bundesländern zeigen. Seit Jahren rätselt man in westlichen Redaktionen wie das zu erklären sei. Dabei hatte man allerdings gesellschaftliche Zusammenhänge meist gar nicht erst in Betracht gezogen. Die konnte es nach ihrem Verständnis und ihrer narzisstischen Lesart ja überhaupt nicht geben. Denn jahrzehntelang hatten sie sich ihr eigenes entstellendes Bild über das System und die Lebenslage in der DDR gemacht und sich zu einem erheblichen Teil von Leuten bestätigen lassen, die sich davon persönliche Vorteile erhofft hatten. So kam es, dass die westlichen Propagandisten von ihren eigenen seit Jahrzehnten praktizierten Entstellungen und Verketzerungen überzeugt waren, was aber die befragten Zeitzeugen in der Trilogie ganz anders sahen und nicht gelten ließen. Sucht man nach den eigentlichen Gründen für diese vielfach unerklärlich erscheinende Stimmungslage in der östlichen Bevölkerung, so hätte man gesellschaftliche Ursachen mit in Betracht

ziehen müssen. Bedauerlich ist in dem Zusammenhang, dass sich seit 1990 keine der etablierten Parteien fand, die für jedermann verständlich und überzeugend auf gesellschaftliche Zusammenhänge hingewiesen hat. So wagte sich z. B. keine der Parteien den ursprünglichen Aspekt der damaligen SPD-Führung unter Willy Brandt bezüglich des „Zusammenwachsens“ beider deutscher Staaten im Verlaufe der Jahre nachdrücklich einzufordern. Das hätte man vor allem von der Partei Die Linke erwarten müssen. Wie weit sie von einer solchen Position entfernt war, zeigt sich darin, dass selbst ihre Wortführer die DDR wiederholt als „Diktatur“ bezeichnet und hinzugefügt hatten, dass in ihrer Partei die „Meinungsvielfalt“ als Ausdruck wahrer Demokratie vorherrschen müsse. Sollte man das nicht eher den staatlich gesteuerten Medien überlassen, statt von einer Partei, von der man vor allem doch „Parteinahme“ erwarten muss? So verstrich die Zeit bis konservative Politiker ihre eigene Vorstellung, ihre Kursrichtung von der Schaffung der „Einheit Deutschlands“ bereits weithin betrieben hatten. Dabei hat man so getan, als würde es sich bei der DDR nicht um einen von den Staaten der Welt und von der UNO anerkannten Staat, sondern um einen erst neu entdeckten Stamm aus dem Urwald handeln, mit dem man glaubte, beliebig verfahren zu können. Wenn auch mit der Trilogie keine wissenschaftliche Analyse vorgenommen werden sollte, so hätte man doch hinzufügen können, dass der Charakter jedes Staates durch die Form und Art der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln bestimmt wird. Ein Staat, dessen entscheidende Grundlage das Privateigentum an den Produktionsmitteln bildet, ist naturgemäß primär darauf gerichtet, den eigenen privaterpersönlichen Interessen, dem Streben nach Profit und Vermehrung des eigenen Reichtums nachzugehen. Wie sehr auch versucht wird, durch staatlich gesteuerte Medien und geflissentlich handelnde Staatsdiener der Bevölkerung einzuhämmern, dass es „Demokratie“ sei, bleibt es, was es ist, Kapitalismus, der nicht vereint, sondern trennt und individualisiert.

Das Vereinnahmen der DDR in die Strukturen der BRD, in die gesetzlichen Bestimmungen bis hin zu den Denk- und Lebensgewohnheiten erfolgte so komplett, ohne dabei auch nur die Spur einer ehemaligen DDR zu hinterlassen. Da sich diese Art der Vereinnahmung der DDR mit der Erlebnis- Denk- und Empfindungswelt

seiner ehemaligen Bürger nicht vereinbart, liegt auf der Hand. Es sollte aber in Betracht gezogen werden, dass seine Bürger 40 Jahre das System der DDR er- und gelebt haben. Ob und in welchem Maße sie das immer in vollem Einklang mit der gesellschaftswissenschaftlichen Theorie gesehen haben oder nicht, dürfte untergeordnet sein. Entscheidend ist doch, dass es für sie ein erfülltes Leben war mit all seinen Höhen und Tiefen, das im Sinne der Trilogie positiv „nachhallt.“ Das findet immerhin seinen Ausdruck und seine Bestätigung darin, dass es selbst noch nach vierzig Jahren der Fall ist. Man kann es nicht einfach ungeschehen machen, wie man schon ihren Staat einfach mal so „delegitimiert“ und ihren, nicht in Worten auszudrückenden gesellschaftlichen Reichtum „in private Hände gelegt hat“. Wie das staats- und völkerrechtlich zu beurteilen ist, liegt bereits vielfach vor. Eine offizielle gesellschaftliche Beurteilung steht leider noch aus. Umso mehr ist zu begrüßen, dass es Frauen waren, die mit der vorliegenden Trilogie eine sehr wertvolle Anregung und Grundlage für die noch fehlende gesellschaftliche Aufarbeitung geboten haben.

Bedauerlich ist allerdings, dass auch in der vorliegenden Trilogie Maßnahmen und Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit zur Sicherung der DDR nie als eine „Reaktion“ auf vorausgegangene „Aktionen“ der Gegenseite gesehen werden. Es stimmt schon befremdlich, dass die Mitarbeiter der Staatssicherheit, die ihren staatlichen Sicherheitsauftrag ausgeübt hatten, immer und überall die einzig Schuldigen gewesen sein sollen. Wir hatten noch bis Mitte der fünfziger Jahre zusammen mit der Staatsanwaltschaft jedes eingeleitete Ermittlungsverfahren im jeweiligen Wohngebiet oder Betriebskollektiv mit großem öffentlichen Interesse vorgestellt und ausgewertet. Ende der fünfziger Jahre wurde uns das dann aber von der Parteiführung wegen möglicher parteischädigender Auswirkungen untersagt. Dadurch überließ man es allein der Gegenseite, ihre Darstellung über das Geschehen in die Öffentlichkeit zu tragen und damit die DDR und das MfS jahrzehntelang ganz in ihrem Sinne zu verketzern und zu entstellen. Letztlich waren wir, die unseren Sicherheitsauftrag ausgeübt haben, immer die Schuldigen. Bezeichnenderweise wurde diese Orientierung in der Partei Die Linke auch nach 1990 fortgesetzt, um die Partei „von weiteren Belastungen freizuhalten“, wie es immer hieß. Der in der DDR-Zeit letzte Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Berghofer, hat darüber in seinen Veröffentlichungen berichtet.

Dr. sc. jur. Heinz Günther



Auch in Jalta wirkten die langen Linien der Geschichte

Am 8. Mai 1945 fand der Zweite Weltkrieg mit der Unterzeichnung der Urkunde über die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Europa sein Ende. Im Ergebnis des Krieges war unter dem Ansturm der Roten Armee und des Vormarsches der Truppen der anderen Staaten der Anti-Hitler-Koalition das faschistische Regime und der von diesem geschaffene faschistische Staat zusammengebrochen. Deutschland wurde von den Truppen der UdSSR, Großbritanniens, Frankreichs und der USA besetzt. Der Sieg über den Faschismus bot dem deutschen Volk die Möglichkeit, die faschistische Vergangenheit restlos zu überwinden und

den Weg des Friedens und der Demokratie zu gehen. Er eröffnete die Möglichkeit, eine dauerhafte Friedensordnung in Europa zu errichten. Diese Ziele wurden, getragen von den Schlägen der Sowjetarmee auf den Schlachtfeldern zur Befreiung der UdSSR und der anderen europäischen Staaten, während mehrerer Treffen der Alliierten im Zweiten Weltkrieg in harten Verhandlungen erarbeitet. Hierfür hatten sich die deutschen und die Hitlergegner anderer Staaten eingesetzt, die am Kampf gegen den Faschismus teilgenommen hatten und bestrebt waren, eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung in Deutschland und in ganz Europa durchzusetzen.

Im Gegensatz zur geschichtsfälschenden Behauptung von USA-Präsident Donald Trump in seiner Ansprache anlässlich seiner Thronbesteigung am 20. Januar 2025, dass die So-

wjetunion den USA „geholfen“ habe, den Zweiten Weltkrieg zu gewinnen, war es in Wirklichkeit der erste sozialistische Staat der Welt, der die entscheidende Rolle im Kampf gegen die faschistische Aggression, um Freiheit, Unabhängigkeit und Fortschritt für alle Völker spielte. Es waren 27 Millionen Sowjetbürger – Russen, Ukrainer, Belorussen, Kasachen und Turkmenen usw. –, die ihr Leben verloren im Kampf um die Befreiung der UdSSR und der anderen Völker vom Faschismus. Auf dem Reichstag in Berlin wehte die Rote Fahne als Symbol des Sieges der



Alliierten über den Faschismus...

Weiter unter dem Link: <https://www.isor-sozialverein.de/cms/index.php?id=121>

Anton Latzo

Ist Donald Trump ein Putin-Freund und wird er vom Kreml bezahlt?

Oberst a. D. Friedemann Munkelt

Sicher wird niemand mit einer ernsthaften Auseinandersetzung zu dieser Fragestellung rechnen, aber genau diesen Vorwurf durfte sich die Vorsitzende des BSW am Montag (10.02.25) in der ARD-Sendung „Hart aber fair“ zum wiederholten Male anhören, diesmal von der „CSU-Spitzenpolitikerin“ Dorothee Bär (war da nicht mal was mit der Digitalisierung?). So wurde in der Vergangenheit mit allen verfahren, die eine Verhandlungslösung des Ukraine-Krieges forderten, unter Berücksichtigung der entstandenen Realitäten im Kriegsgebiet.

Und jetzt kommt der US-Präsident genau mit diesem Lösungsansatz um die Ecke! Seinen Verteidigungsminister lässt er bei der NATO verkünden, dass eine Rückkehr der Ukraine zu den Grenzen von 2014 illusorisch ist, eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine nicht hilfreich sei und die USA nicht die Absicht haben, Truppen in der Ukraine zu stationieren. Trump selbst spricht von höchst ergiebigen Gesprächen mit Präsident Putin. Der ukrainische Präsident wird anschließend „informiert“. Ganz offensichtlich verhandeln jetzt die eigentlichen Akteure dieses Konfliktes, in Anerkennung der Tatsache, dass es auf dem Schlachtfeld nicht gelingt, „Russland zu ruinieren“, wie es unsere bald gewesene Außenministerin offen kommunizierte. Es ist mit Sicherheit viel zu früh, irgendwelche Friedensgesänge anzustimmen, dazu ist die Materie zu kompliziert und der US-Präsident zu unberechenbar. Aber die Einstellung der Kampfhandlungen und damit die Beendigung des Tötens auf beiden

Seiten und der Eintritt in Verhandlungen wären zweifellos ein Erfolg. Wo bleibt aber jetzt der Platz der Europäischen Union? Zunächst sind die offiziellen Statements zurückhaltend von denen, die Regierungsverantwortung tragen bzw. bald könnten (Merz). Kritisch zum Vorgehen Trumps äußern sich jene, deren politische Karriere beendet ist oder sich dem Ende neigt. So beklagt unser kriegstüchtiger Verteidigungsminister Pistorius: „Aus meiner Sicht wäre es besser gewesen, über eine mögliche NATO-Mitgliedschaft der Ukraine oder über mögliche Gebietsverluste erst am Verhandlungstisch zu sprechen“. Weiterhin dürfe allen einleuchten, „dass wir nicht am Katzentisch sitzen können“ (zitiert nach ntv 13.02.25). Zur Klarheit, Herr Pistorius: Europa und die Ukraine sitzen bereits am Katzentisch!! Die bald Ex-Außenministerin darf natürlich auch nicht fehlen, sie beklagt, dass der Anruf Trumps bei Präsident (ihr Ausdruck Kremlchef) Putin sei sehr aus der Kalten heraus gewesen. An diese Tatsache darf sie sich gewöhnen, dann allerdings als stille Beobachterin.

Als Friedensengel ist der US-Präsident in seiner ersten Amtszeit nicht in Erscheinung getreten, vielmehr bestimmten wirtschaftliche Interessen sein Handeln, Deals – das war das Schlagwort. Daran hat sich offensichtlich, geurteilt nach ersten Entscheidungen, nichts geändert. Dieser Tage hat er seinen Finanzminister in die Ukraine geschickt, der Selenskyj einen fertigen Vertrag zur Nutzung der Seltenen Erden vorgelegt hat. So soll die Ukraine gefälligst die Waffenlieferungen der USA bezahlen. Die US-Investoren stehen schon

in den Startlöchern und Europa daneben. erinnert sei, dass nach unterschiedlichen Angaben bereits 18 bis 25 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche amerikanischen Investoren, auf Deutsch Heuschrecken, gehören. Ein weiterer Vormarsch russischer Truppen ist also kaum in amerikanischem Interesse.

Fazit Stand Mitte Februar 2025: es ist gut, dass diplomatische Bewegung in diesen Konflikt gekommen ist. Es steht aber noch ein langer Verhandlungsmarathon bevor. Es ist anzunehmen und zu hoffen, dass sich Russland nicht ein weiteres Mal durch den regelbasierten Westen täuschen lässt, erinnert sei an Frau Merkel und den französischen Ex-Präsidenten Hollande und Minsk 2. Kreml-Sprecher Peskow machte deutlich, dass Russland mit den USA auch über die europäische Sicherheit verhandeln wird. „Alle Themen, die in Verbindung mit der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent stehen, vor allem diejenigen, die unser Land, die Russische Föderation, betreffen, sollten umfassend besprochen werden.“ (ntv 13.02.25) Es muss auch den verbohrtesten Russland-Hassern klar werden, dass es Sicherheit auf dem europäischen Kontinent nur mit Russland, aber niemals gegen Russland geben kann. Ob die Meldung, dass Deutschland der Ukraine 6000 hochmoderne KI-gesteuerte, bewaffnete Drohnen liefern wird, in diesem jetzt begonnen Prozess hilfreich ist, darf in Zweifel gezogen werden. Russland hat Europa schon mehrfach die Hand ausgestreckt. Europa sollte sich endlich konstruktiv einbringen!

80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Wir sagen danke

FRIEDEN IM GEMEINSAMEN HAUS EUROPA

Am 8. Mai 2025 vor 80 Jahren wurde Deutschland und Europa vom Faschismus befreit - von außen, von der Roten Armee der UdSSR, gegen die Nazi-Deutschland einen einzigartigen Raub-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg mit 27 Millionen Todesopfern geführt hat, und von den Truppen Großbritanniens und der USA. **Für diese Befreiung danken wir von Herzen.** Deutschland hat sich nicht selbst befreit. Antifaschisten waren eingesperrt, getötet oder sie hatten sich ins Exil retten können. Trotz Widerstands auch im Inneren war die Mehrheit der Bevölkerung verstummt oder folgte der Nazi-Ideologie bis zum bitteren Ende.

In jedes der von Deutschland überfallenen Länder haben Wehrmacht und SS himmelschreiende Verbrechen, Zerstörung, Verfolgung getragen. Und in jedem dieser Länder gab es Aufbegehren und Gegenwehr. **Nichts ist vergessen, niemand ist vergessen.**

Sowjetunion und USA, Großbritannien und Frankreich haben 1990 mit der DDR und der BRD im Zwei-plus-vier- Vertrag ihre Besatzungsrechte über Deutschland beendet. Doch friedlicher ist unser Kon-

tinient seitdem nicht geworden. Wir sind entschieden dafür, alle Konflikte ohne Gewalt zu lösen.

Unter den alliierten Siegermächten soll einzig Russland heute wieder unser Feind sein. Das ist geschichtsvergessen und brandgefährlich. Damit spaltet die Bundesregierung den europäischen Kontinent; sie schneidet uns von unserer eigenen Kultur und Geschichte ab, die immer auch eine europäische und eine deutsch-russische war und ist. Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und die geplante Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenwaffen haben uns schon jetzt an den Rand eines großen Krieges gebracht.

Dagegen stehen wir auf. Kriegstüchtigkeit setzen wir Friedfertigkeit, Friedenswillen, Friedensfähigkeit entgegen als Grundlage eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems unter Einschluss Russlands. Statt dem Einsturz des Europäischen Hauses tatenlos zuzuschauen, bauen wir Brücken der Verständigung und guten Nachbarschaft.

AKTIONSKREIS BEFREIUNG 8. MAI:

www.befreiung.org

Mail: kontakt@befreiung.org.

Adresse: Befreiung, Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Kriegstüchtig! nur hier!



Mobilmachung an der Heimatfront, Softcover, 160 Seiten, I. Auflage, 21,5 cm x 13,5 cm, Erscheinungsdatum: 6.01.2025, 16,- €* Artikelnummer 978-3-946778-43-1

Deutschland bereitet sich darauf vor, ein Land im Krieg zu werden. Militärisch und wirtschaftlich soll die Republik Kriegstüchtigkeit beweisen. Unter dem Schlagwort der Zeitenwende sind überall in Deutschland kriegsvorbereitende

Maßnahmen zu beobachten. Politiker sprechen über Wehrfähigkeit, als wären Deutschlands Söhne und Töchter lediglich Verfügungsmasse für den Kampf auf dem Schlachtfeld.

Die Kriegstreiber und Kriegsprofiteure sind unter uns. Sie sitzen in den Medien, in der Politik, in der Wissenschaft - und in den Rüstungskonzernen.

Alle zusammen haben sie ihr Feindbild und ihren Krieg im Kopf zu einer öffentlichen Angelegenheit gemacht - und somit zu einer Angelegenheit von uns allen. Die Mobilmachung an der Heimatfront vollzieht sich Schritt für Schritt. Man könnte den Influencern des Krieges nun sagen: Lasst uns im Frieden und geht doch selbst an die Front - aber sowas wünscht man nicht mal seinem größten Feind.

IMPRESSUM

Vorsitzender:

Joachim Bonatz

Postanschrift:

ISOR e. V.

Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Herausgeber: ISOR e. V.

Vi.S.d.P: Steffen Haupt

Redaktion: Steffen Haupt

E-Mail: isor-aktuell-redaktion@t-online.de

Vertrieb: Peter Ott,
isor-berlin@t-online.de

Layout: Ulrike Schiga,
LibelleDeko

Herstellung:

Druckerei Gottschalk

Internet:

www.isor-sozialverein.de

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinnwährende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 18.02.2025
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 18.03.2025
Print- und Internetausgabe: 04.03.2025

Geschäftsführerin: Anja Mewes

Di: 9-16 Uhr
Mi: nach tel. Vereinbarung

Tel.: 030 297843-16

Fax: 030 297843-20

E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Rente/Soziales: Peter Ott

Di: 8-15 Uhr

Tel.: 030 297843-15

E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Schatzmeister und Statistiker:

Bernd Hartmann (Home-Office)

Di: Bürotermine nach tel. Vereinb.

Mi: 8-16 Uhr

Tel.: 03338- 750 76 92

Fax: 03338- 750 76 91

E-Mail: isor-finanz-stat@t-online.de

Buchhaltung: Sonja Franz,

Mo-Do: 8-15 Uhr

Tel.: 030 297843-19

E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Bankverbind.: Berliner Sparkasse

IBAN:

DE43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Versand ISOR-Aktuell

per E-Mail:

isor-aktuell-versand@t-online.de



**Herzliche Grüße und Glückwünsche
unseren Frauen und langjährigen Verbündeten
zum Internationalen Frauentag
am 8. März 2025**